Thuringer Allgemeine

Unabhängige Zeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport

Dienstag, 19. April 2016 · F 03431

APOLDA

Preis 1,30 € · 16. Woche · Nr. 91



Apolda Technisches Hilfswerk kaufte neues Grundstück

► I. LOKALSEITE



Apolda Zahl der Unfälle im Altkreis 2015 leicht gestiegen

► I. LOKALSEITE

LEITARTIKEL

Tritte und Schritte



GERALD MÜLLER über die steigende Lust am Fahrradfahren

hüringen ist ein Rad-Land. Und das hängt nicht nur mit den großen sportlichen Erfolgen zusammen, die unter anderen Olaf Ludwig, Mario Kummer, Marcel Kittel, John Degenkolb oder Tony Martin im Rennrad-Sattel erreicht haben.

Das Radfahren ist in Thüringen für viele Menschen ver-



Foto: Uli Deck

"Freiheit oder Finanzkapitalismus"

DAS INTERVIEW Früher kämpfte der Christsoziale Peter Gauweiler gegen den Sozialismus. Jetzt streitet er gegen die Banker. Ein Gespräch über das, was richtig ist

Von Martin Debes

In die ganz hohen Ämter hat er es nicht gebracht. In Bayern war er Umweltminister und CSU-Vize, in Berlin saß er im Bundestag. Dennoch kennt eigentlich jeder, der sich auch nur ansatzweise für Politik interessiert, den Namen Peter Gauweiler.

Der Anwalt aus München, dessen Ziehvater Franz-Josef Strauß war, hat als Solitär die Bundesrepublik geprägt – hat sich mit allen schon mal angelegt, ob mit den 68ern, seiner Partei oder der EU. Zwar wurden alle seine Klagen gegen die EU-Verträge oder die Euro-Rettungsschirme vor dem Verfassungsgericht abgewiesen. Doch die Urteile klärten und stärkten die Rechte des Parlaments.

Vor einem Jahr legte Gauweiler im Zorn sein Bundestagsmandat nieder, auch aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

Kürzlich sprach er im Erfurter Augustinerkloster auf Einladung des Bonhoeffer-Haus-Vereins und der Evangelischen Bruderschaft St. Georgs-Orden über den Reformator – und darüber, warum der Mann, der hier zum Priester wurde, sein Vorbild ist.

Herr Gauweiler, Sie sind evangelischer Christ. Wieso wollen Sie nicht, dass sich die CDU als christliche Partei für die Flüchtlinge einsetzt?

Bringen wir die Sache nicht durcheinander: Als eine unübersehbare Menge von Flüchtlingen an einem Wochenende im September in Österreich auf den Autobahnen stand und die österreichischen Behörden nicht mehr weiter wussten, durfte sich unsere Regierung für kurze Zeit über das Aufenthaltsgesetz, das Grenzübertritt ohne Papiere verbietet, hinwegsetzen - und das Grundgesetz, das kein Asyl für Menschen vorsieht, die schon innerhalb der EU sind. Not kennt kein Gebot. Es war Wochenende und die Kanzlerin musste handeln. Aber unmittelbar danach hätte der Bundestag per Beschluss entscheiden müssen, wie es weitergehen soll.

Aber ist das nicht geschehen?

Nein. Es gab wie immer Debatten. Aber das Parlament hat bis heute nicht richtungsbestimmend entschieden, ob der Zustand seit September aufgrund der Notlage beibehalten wird oder ob das geltende Recht an der Grenze vollzogen werden soll. Dies ist doch die wesentliche Streitfrage.

Diese parlamentarische Drückebergerei ist nicht nur feige, sie ist auch undemokratisch. Alles, was wesentlich ist in unserer Demokratie – dies sagt das Bundesverfassungsgericht – muss der Souverän entscheiden, also das Volk, repräsentiert durch den Bundestag. Anders geht es

Also ist die christliche Nächstenliebe nicht so wichtig, wenn die demokratische Mehrheit anders entscheidet?

Man sollte das eine nicht gegen das andere ausspielen. Das Christentum lehrt, dass die moralische Verantwortung des Einzelnen unbegrenzt ist. Wer Christ sein will, muss immer helfen und nicht nur fromm reden und auf andere abwälzen. Der heilige Martin hat seinen Mantel geteilt, nicht den anderer Leute. Und das war auch kein Programm für eine Mantelproduktion. Der Staat ist eine ordnende Instanz, die zwar einem allgemeinen Gerechtigkeitsmaßstab genügen muss...

...aber nicht per se moralisch handeln kann?

Nicht wie ein Einzelner. Die Moral der Regierung liegt darin, dass sie die demokratisch entstandenen Gesetze achtet und einhält. Und dass sie ihre Grenzen kennt. Frankreich hat, während nach Deutschland eine Million Migranten kamen, 30 000 Menschen aufgenommen. Auch die neue links-liberale Regierung von Kanada, diesem riesigen Land, hat sich entschieden, im nächsten Jahr 30 000 Flüchtlinge einreisen zu



Der promovierte Jurist Peter Gauweiler, 1949 in München geboren, war Stadtrat, Kreisverwaltungsreferent, Landtagsabgeordneter, Landesumweltminister, Bundestagsabgeordneter. Heute ist er noch geschäftsführender Partner in einer gut gehenden Rechtsanwaltskanzlei in seiner Geburtsstadt. Foto: Uli Deck

lassen. Leben dort schlechtere, unmoralischere Menschen?

Ihr Parteifreund Horst Seehofer unterscheidet zwischen der staatlichen Verantwortungsund der eher privaten Gesinnungsethik. Sie auch?

Als Lutheraner sehe ich den Staat ganz schlicht als guten Hausmeister, der sein Haus in Ordnung halten muss. Der kann nicht die ganze Welt umarmen, weil er andere Maßstäbe beachten muss. Vor allem ist er dem öffentlichen Interesse der eigenen Bevölkerung verpflichtet.

Und nicht dem notleidenden Menschen in Idomeni?

Oder dem hungernden Menschen in Afrika. Oder dem Kriegsopfer in der Ukraine. Deutschland hilft ja, als Staat und mit vielen Einzelinitiativen – aber nicht, indem wir alle einladen. Eine gewählte Regierung muss die Interessen ihrer Bevölkerung wahren und sich dabei an das eigene Recht halten. Und falls die Regierung dieses Recht für falsch oder zu eng hält, dann muss sie versuchen, es zu ändern und darüber das Parlament entscheiden lassen.

Doch genau davor haben sich Bundesregierung und Bundestag gedrückt. Damit haben sie viel Vertrauen zerstört. Es läuft wie bei den EU-Verträgen, der angeblichen Eurorettung oder den Kriegseinsätzen: Die Volksvertretung ist entmachtet beziehungsweise entmachtet sich selbst – und entleert damit das Wahlrecht. Dagegen bin ich in Karlsruhe immer wieder vorgegangen

Zusammen mit den Linken.

Interessanterweise hat sich die Linkspartei einigen meiner Klagen angeschlossen. Ich fand das gut. Es ist besser, das Grundgesetz mit den Außenseitern zu verteidigen, als es mit den Volksparteien zu brechen.

Sie haben das neue Buch von Sahra Wagenknecht bejubelt. Was finden Sie so gut an ihr? Sie hat die Probleme mit der außer Rand und Band geratenen Finanzwirtschaft auf den Punkt gebracht. So wie ich sieht sie

Überhaupt, Sie und die Linke:

außer Rand und Band geratenen Finanzwirtschaft auf den Punkt gebracht. So wie ich sieht sie einen fürchterlichen Fehler darin, dass damals Rot-Grün die alten Schutzgesetze aufgehoben und so die Finanzmärkte entfesselt hat. Hedge-Fonds, Spekulation, Derivatehandel: Alles wurde freigegeben. Wir stimmen auch darin überein, dass es ein Fehler war, eine gemeinsame

Währung in der EU zu verordnen, obwohl es keine gemeinsame Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik gab. Es fängt ja schon bei den unterschiedlichen Arbeitsmentalitäten an, wobei ich nicht sage, dass die anderen in der EU uns Herzinfarkt-Deutsche imitieren sollten. Im Gegenteil. Jeder muss nach seiner Fasson glücklich werden

Das geht aber nur in einem Europa demokratischer Vaterländer und Regionen – und nicht in einer von einem anonymisierten Apparat geführten Zweckgemeinschaft. Wir CSUler haben früher unter Strauß gesagt: Freiheit oder Sozialismus.

Das hat auch die CDU 1990 in Thüringen plakatiert. Und das waria die Schicksalsfra-

Und das war ja die Schicksalsfrage. Aber der Kampf gegen den totalitären Staatssozialismus ist



Peter Gauweiler (rechts) im Gespräch mit dem Chefreporter unserer Zeitung, Martin Debes, im Erfurter Augustinerkloster. Foto: Thomas A. Seidel

gewonnen, derweil ein anderer begann. Meine Großmutter hat immer gesagt: Der Teufel kommt nie durch die gleiche Ritze. Jetzt kämpfen wir gegen eine neue Art von Totalitarismus. Jetzt heißt es: Freiheit oder anonymer Finanzkapitalismus, Freiheit oder Goldman Sachs.

Auch da geht es, wie im Realsozialismus, um die Verameisung des Einzelnen, um den Verlust jeder unternehmerischen Individualität, um Fremdbestimmung statt Teilhabe.

Jetzt reden Sie wirklich wie Wagenknecht. Wissen Sie, dass sie aus Thüringen stammt? Aus Jena?

Das freut mich. Meine bisherige thüringische Lieblingslinke ist meine verehrte ältere Freundin Lucrezia Jochimsen, mit der ich in der auswärtigen Kulturpolitik im Bundestag gern zusammengearbeitet habe. Sie hat mir gerade geschrieben, weil ich bei ihrem Geburtstag war. Schade, dass ihre Partei sie nicht wieder auf die Wahlliste gesetzt hatte. Lucrezia hatte mich übrigens mit Bodo Ramelow bekannt gemacht, bei einer Tagung über den Reformator Thomas Müntzer, den die Linken natürlich mögen. Ramelow und ich haben uns dabei ganz gut unterhalten.

Wie finden Sie ihn?

Nun, Ramelow scheint verinnerlicht zu haben, dass er als Ministerpräsident nicht mehr nur seine Partei vertritt, sondern alle Menschen im Land. Ich habe mit Respekt zur Kenntnis genommen, wie er sich zuletzt dagegen ausgesprochen hatte, dass

Linksautonome vor dem Haus des Thüringer AfD-Chefs aufmarschieren. Auch bei noch so fürchterlichen Kontroversen in der Politik muss man die Freiheit und Unversehrtheit des Andersdenkenden verteidigen. Wer dies tut, der hat begriffen, was Demokratie heißt.

Ich möchte noch einmal zurück auf Sahra Wagenknecht kommen, oder besser: auf ihren Mann. Mit Oskar Lafontaine sind Sie ja auch schon seit Langem befreundet.
Ja, das passt schon.

Weil sie beide sich ähnlich sind, als Typ? Immer hübsch allein gegen die anderen?

Also, wissen Sie, der Oskar spielt in einer ganz anderen Liga. Ihn hat man immerhin mit Napoleon verglichen, mich hingegen mit einem hinterbänklerischen, kleinen Licht. Manche vermuten, dass meine Ahnen Flößer und Wilddiebe waren.

Ich versuche es anders: Wächst man als Protestant in Bayern im Widerstand auf? Wird man dann automatisch so wie Sie?

Sie sehen mich also als Produkt einer doppelten Diaspora? Nein, der Freistaat hat eine große protestantische Tradition, die Bavaria in München ist evangelisch, errichtet nach dem Bild der evangelischen Königin Therese – übrigens eine gebürtige Thüringerin. Die Bayern mögen im Glauben mehrheitlich katholisch sein, aber sie leben das Protestantentum. Schon Strauß hat gesagt: Auch ich stehe auf den

Schultern von Martin Luther.

Und Sie stehen auf den Schultern von Luther und Strauß und können nicht anders?

Nun ja, manchmal sagen wir in Bayern ja auch: Hier stehe ich und kann auch anders.

Sie meinen Horst Seehofer?

Wie kommen Sie denn darauf? Nein, ich orientiere mich am Reformator, wobei ich genauso hin- und hergerissen bin wie er. Es gibt das protestantische Paradoxon: Wir sind zu einem Teil römisch, so wie es Luther, der Mönch war, der hier im Augustinerkloster zum katholischen Priester ausgebildet wurde.

Ich zum Beispiel betrachte es als große Ehre, mit Joseph Ratzinger gut bekannt zu sein, der als Papst an diesem Ort hier in Erfurt die Ökumene gelebt hat. In vielem, was er sagt, finde ich mich wieder.

Zumal, als Protestanten pflegen wir den Selbstzweifel und befinden uns in einer ewigen Podiumsdiskussion mit uns selbst, im Glauben wie in der Politik. Früher wähnte ich mich noch zu 100 Prozent von etwas überzeugt. Heute bin ich zufrieden, wenn es 51 zu 49 Prozent steht.

Aber die 51 Prozent verkaufen Sie dann sehr professionell als 100 Prozent.

Naja. Wir in der CSU sind halt so. Dahinter steckt der unbedingte Wille, verstanden zu werden. Ohne Klarheit sind wir kein Korrektiv.

Sollte die CSU auch bundesweit das Korrektiv sein?

Was die politische Debatte angeht, sind wir das ja jetzt schon. Aber im Gegensatz zu allen anderen Parteien haben wir keinen auf den Gesamtstaat bezogenen Machtanspruch. Wir funktionieren als Regionalpartei, als Interessenvertretung Bayerns.

Wenn ich mich richtig erinnere, standen Sie 1990 in Suhl in der Stadtkirche und warben für die Ausweitung der CSU nach Thüringen.

Sie erinnern sich nur fast richtig. Ich warb für eine "CSU in Thüringen" als eigenständige Partei. Und ich warb für eine "CSU in Sachsen" als eigenständige Partei. Das war die Idee, bei der wir euch wirklich gut hätten unterstützen können. Eine CSU als rechtslinke Regionalpartei in Thüringen und Sachsen hätte die Sachsen und Thüringer im Verhältnis zu Berlin viel stärker gemacht. Das hätte der Idee vom Bund deutscher Länder viel besser entsprochen als dieser Zentralisierungswahn, der in Berlin oder Brüssel grassiert. Ich bin fest überzeugt, dass in unserer heutigen globalen Welt die Freiheit und das Soziale in einer Summe kleiner Einheiten besser funktionieren als in einem zentral regierten Superstaat. Das trifft sich übrigens mit der linken Idee der Emanzipation.

Aber könnte eine bundesweite CSU nicht rechts von der CDU die AfD abdrängen? Wir hatten immer wieder Partei-

en auf der rechten Seite, sogar teilweise in der jetzigen Stärke, zumindest regional. Denken Sie nur an die Republikaner oder die Schill-Partei. Warum das so ist: Die politischen Parteien neigen dazu, sich ihre Themen von Werbeagenturen heraussuchen zu lassen, die alle auf modern tun und zeitgeistig sind. Das funktioniert aber nur in Schönwetterphasen. Wenn es unangenehm wird, müssen sich dann kritische Themen ihre eigenen Wege suchen, weil sich die Parteien angewöhnt haben, sich vor

ihnen zu drücken.
Sie tun bestenfalls auf betroffen, aber beantworten nicht die hinter den Themen stehenden Fragen. Wer nur in Sprechverboten, Mahnwachen und Kerzenhalten die Lösung sieht, muss sich über den Erfolg der AfD nicht wundern. Ein Martin Luther hätte keine Kerzen gehalten. Er hätte vielmehr versucht, das Problem sprachlich auf den Punkt zu bringen und um eine Lösung gerungen.